

Zum Leserbrief zu „Dauernde Blockadepolitik“ vom 26. März:

Wer wissen will, was sich in Fukushima fünf Jahre nach dem atomaren Supergau an menschlichen Tragödien wirklich abspielt, sollte sich besser bei den Menschen vor Ort, bei der dortigen Antiatombewegung informieren. Also bei den Japanern, die auch schon bei den Jahrestagen in Neckarwestheim und anderswo gesprochen haben, als auf Zahlen und Messungen der Ministerien zu vertrauen, die mit der Atomindustrie eng verflochten sind, die aus der Katastrophe noch immer nichts gelernt haben. Die die Folgen herunterspielen, da sie um jeden Preis weiterhin Atomstrom exportieren wollen.

Auf falsches Pferd gesetzt

Mit dem Versuch, Frau Kotting-Uhls vierjährigen Einsatz in Fukushima als Aktivität vor der Landtagswahl hinzustellen, legt Dr. Marth den BNN-Lesern ein „Atom-Hasenei“, denn jeder, der in ihren Vorträgen war, weiß um ihre Bemühungen, dass die wahren Zustände nicht klein gemessen oder vertuscht werden.

Auch wir leben in Europa auf einem atomaren Pulverfass in ständigen Gefahr, dass uns ein maroder Atommeiler um die Ohren fliegt oder Terroranschläge von verrückten Fanatikern auf

atomare Anlagen geplant werden. Was den gescholtenen Jürgen Trittin betrifft, er hat immerhin in seiner Amtszeit eine zweite tickende Zeitbombe wie die Asse verhindert.

Den „Grünen“, die aus der Antiatombewegung hervorgingen, dauernde Blockadepolitik vorzuwerfen, darauf kann ich nur im Konjunktiv antworten – hätte man hier schon vor 35 Jahren auf sie gehört, die Mahner ernst genommen, in der Energiepolitik nicht jahrelang auf das falsche Pferd gesetzt, wäre Politik nicht nach dem St. Florian

Prinzip gemacht worden, wären wir nicht in der Sackgasse mit dem vielen atomaren Müll gelandet, den der überall beschworene Schacht Konrad, unter der Stadt Salzgitter, nie und nimmer aufnehmen kann.

Atommüll, der noch Generationen das Leben schwer machen wird, ist von denjenigen mit zu verantworten, die ihre eigene Lebenslüge wie ein Banner vor sich hertragen, die aus dem Irrweg noch immer keine Lehren ziehen, zu lassen, dass durch A-Forschung hier vor Ort neuer Atommüll entsteht, für den sich dann wieder keiner verantwortlich fühlt.

Brigitte Schilli
Eggenstein-Leopoldshafen

Physiker beruhigten die Öffentlichkeit

Zum Leserbrief „Dauernde Blockadepolitik“ vom 26. März:

Nicht Frau Kotting-Uhl ist an der Hinterlassenschaft im ehemaligen Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK), heute KIT Nord, oder an den Katastrophen von Tschernobyl oder Fukushima schuld. Es waren Physiker wie der ehemalige Chef des Schnellen Brüters Karlsruhe, Herr Dr. Marth, die der Menschheit einredeten, dass Atomenergie ungefährlich, billig sei und alle Energieprobleme der Welt lösen könne, und die das Problem der nicht friedlichen Nutzung der Atomanlagen für Atomwaffen einfach ausblendeten.

Es waren Physiker aus dem KfK, die als sicheren Ort für die Endlagerung von mittelaktivem Atommüll das Bergwerk Asse bezeichneten, das heute abgesoffen ist. Sie beruhigten die Öffentlichkeit und die Politik über die Möglichkeiten eines schweren Unfalls in einem Atomkraftwerk und bezeichneten Tschernobyl als russisches Desaster und Fukushima als eine Reihe von schwerwiegenden Sicherheitsdenkfehlern vonseiten ihrer japanischen Kollegen. Sie nahmen und nehmen die natürliche Strahlenbelas-

tung als Indiz dafür her, dass die Strahlung aus technischen Atomanlagen vernachlässigbar sei, als ob es in der Natur Stoffe wie die künstlich erzeugten, hochgiftigen und Jahrtausende strahlenden Stoffe wie Plutonium oder Americium geben würde, die man am Rhein bei Linkenheim findet. Was sagen diese Spezialisten jetzt zu der weltweiten Terrorgefahr in den Atomanlagen?

Dr. Marth war zwölf Jahre für die gesamte Atomforschung in zwölf Forschungszentren zuständig, die das Loblied der Atomenergie sangen und wie das Institut für Transurane in Karlsruhe (ITU) dies ungebremst weiterführen. Es wurden und werden weiterhin Milliarden in die Atomforschungen gesteckt. Spätestens als Finanzchef für die Stilllegung von vier Reaktoren und der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe hätte Dr. Marth bei den Milliardenkosten der Beseitigung der Altlasten begreifen müssen, dass Atomenergie zumindest keine billige und schon gar keine saubere Technologie darstellt, die über Kamine und Abflussrohre der Behandlungsanlagen bei den Abrissprojekten noch viele Jahrzehnte Radioaktivität in unse-

re Atemluft und in unser Wasser abgibt. Auch in Karlsruhe. Dass der Abriss der Atomanlagen in Deutschland die einst so mächtigen Energiekonzerne wie EnBW und RWE an den finanziellen Ruin bringen und uns Steuerzahlern noch ein Milliardengrab bescheren werden, stand nicht im Erfolgsplan der Kernphysiker.

Aber nein, die Grünen sind schuld daran, dass sich im KIT Nord nicht nur das größte deutsche oberirdische Zwischenlager für mittelaktiven Atommüll mit rund 80 000 Fässern befindet, ein neues

Zwischenlager in der gleichen Größe sich in der Baugenehmigungsphase ist und wir noch keinerlei Plan für die Lagerung des hochaktiven Atommülls besitzen, der zurzeit in terrorgefährdeten Hallen wie in Philippsburg lagert. Dr. Marth leitete seinen Bericht zum Projekt Schneller Brüter mit dem Satz ein: „Das Studium der Vergangenheit lässt uns die Gegenwart sicherer beurteilen und die Zukunft besser abschätzen.“ Richtig, wir haben schon beim Bau der Reaktoren und der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe Robert Jungks „Atomstaat“ gelesen. Wir, die von Dr. Marth so gescholtenen „Urgünen“, forderten vor mehr als 30 Jahren mit Jungk vor dem Tor der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe damals eine Umsteuerung der Forschungen im KfK auf nachhaltige Energieformen ohne Atom unter dem Satz von Kurt Tucholsky: „Lass dir von keinem Fachmann imponieren, der dir erzählt: Lieber Freund, das mache ich schon seit 20 Jahren so! – Man kann eine Sache auch 20 Jahre lang falsch machen.“

Harry Block
Karlsruhe/Innenstadt-Ost

Wir bitten die Einsender von Leserbriefen, ihre Telefonnummer anzugeben. Es stellt sich immer wieder heraus, dass Rückfragen erforderlich werden, die mit einem Telefonanruf geklärt werden können. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor. Leserbriefe spiegeln die Meinung der Einsender wider, die nicht mit der Ansicht der Redaktion übereinstimmen muss.
Die Redaktion